

Hausabbruch unter Tränen

Durch die Mauern zogen sich armdicke Risse. Das Elternhaus von Isolde Krug musste am Dienstag abgerissen werden. Laut ihr steht der Schuldige fest, entschuldigt habe sich aber niemand.

Von Matthias Reichle

Grins – Als der Kranaufleger die schweren Dachbalken aus der Verankerung riss und später die ersten Ziegel fielen, flossen bei Isolde Krug die Tränen. Es sind viele Erinnerungen, die sie mit ihrem Elternhaus verbindet. „Das ist die Heimat. Das ist wirklich schiach“, sagte sie. „Man sieht, was man mühsam ausgebaut hat, und wie viel Zeit darin steckt.“

„Sie haben mir eine rasche, unbürokratische, tatkräftige und außergerichtliche Abwicklung versprochen.“

Isolde Krug
(Eigentümerin)

Am Dienstag wurde das Haus, in dem die Grinnerin aufgewachsen war und in dem sie mit ihren Kindern gelebt hatte, Stück für Stück abgerissen – inklusive der ganzen Möbel und der Kleidung, die sich noch immer im Gebäude befanden.

Seit knapp einem Jahr galt dort bereits ein Betretungsverbot, nachdem sich im Gebäude zum Teil armdicke Risse aufgetan hatten. Der gesamte Bau, der in einem Hang steht, war gekippt.

Mit den Tränen kam bei Krug aber auch der Ärger – darüber, dass niemand vom Land anlässlich des Abrisses vorbeigekommen ist, um ihr die Hand zu reichen. „Es hat sich noch niemand bei mir entschuldigt“, sagt sie. Die Ursache für das Unglück sei



Isolde Krug wohnte gestern dem Abbruch ihres Elternhauses bei. Seit einem Jahr war es bereits gesperrt.



Fotos: Reichle

aus ihrer Sicht längst geklärt – und durch drei Gutachten auch gut belegt.

Ärger über Land

Immer noch sorgt das aber für Konflikte. Zuletzt schaltete Krug sogar ihren Anwalt ein, um gegen die Darstellung des Landes vorzugehen. „Eine singuläre Ursache für die vorherrschende Situation lässt sich nach menschlichem Er-

messen nicht festmachen“, hieß es nämlich in einer ersten Fassung eines Pressestatements, das ihr vorab zugeschickt wurde. Das sei falsch, sagt Krug. „Es sind Fehler passiert.“ Sie spricht von einem Desaster.

Was aber war der Auslöser für das Absacken des Hauses? Es war einerseits der nicht fachgerechte Bau einer Hangstützmauer, die vom

Land umgesetzt worden ist, sowie die unsachgemäße Entwässerung, die zu dieser Katastrophe geführt hätten, erklärt Krug weiter.

Zum anderen sei es zur Überbelastung der oberhalb der Mauer verlaufenden Gemeindestraße durch Schottertransporte gekommen. Vom Land werde sie aber als Bittstellerin dargestellt, obwohl sie die Geschädigte sei.

Von offizieller Seite will man das so nicht stehen lassen – beim Land bleibt man bei der Darstellung.

In die Zukunft schauen

„Eine einzelne Ursache, warum die Situation so ist, geht aus den Fachexpertisen nicht eindeutig hervor“, betont man dort weiter. Man könne das alles mit aufwändigen Sachverständigen-Gutachten

vor Gericht ausfechten – das würde aber viel Zeit und Geld kosten. Wohl auch mit ungewissem Ausgang.

Stattdessen wolle man in die Zukunft blicken. Dazu gehöre auch ein „merklicher finanzieller Beitrag des Landes“, damit die Familie an Ort und Stelle wieder neu bauen kann. Mit ihr gebe es einen konstruktiven Austausch. Landesvertreter waren mehrfach vor Ort, heißt es – auch zuletzt.

Der Grinner Bürgermeister Franz Benedikt ist hingegen froh, dass der Bau jetzt abgerissen wird. „Ich hoffe, dass es jetzt zügig weitergeht.“ Ziel ist es, dass die Familie wieder am selben Ort einziehen kann. Das Ge-

„Ich bin froh, dass das Haus jetzt abgebrochen wird, und hoffe, dass es schnell weitergeht.“

Franz Benedikt
(Bürgermeister)

bäude soll in ähnlicher Art wieder errichtet werden. „Jetzt reißt man den Altbau ab. Dann müssen die Straße und die Baugrube gesichert werden. Und dann können wir von unten wieder aufbauen“, sagt Krug. „Ich hoffe, dass wir heuer zumindest den Rohbau stehen haben.“ Es sei einfach brutal viel zu tun. Das Land habe ihr eine „rasche, unbürokratische, tatkräftige und außergerichtliche Abwicklung des Schadens“ versprochen. „Ich hoffe, dass sie Wort halten.“

„Neues Rüstzeug“ für Lehrende

Innsbruck – Eine Reform in der Ausbildung von Volksschullehrern war lange notwendig, liegt die letzte doch mehr als zehn Jahre zurück. Im Frühjahr 2024 ebnete die Regierung (Türkis-Grün) mit einem Hochschulrechtspaket dafür den Weg, den Österreichs Pädagogische Hochschulen nun selbstständig bewältigen. In Tirol und Vorarlberg soll die Ausbildung künftig praxisnaher und selbstreflexiver werden und insgesamt auf ein lebenslanges, gegenseitiges Lernen ausgerichtet sein.

Der Alltag in den Volksschulen habe sich durch Krisen wie Flucht und Migration, die Pandemie und Krieg in Europa stark verändert, schildert Beatrix Karl, Vorsitzende der RektorInnenkonferenz der österreichischen Pädagogischen Hochschulen. „Die Klassen sind viel heterogener besetzt. Kinder haben ganz unterschiedliche soziale und kulturelle Hintergründe, viele haben Sprachprobleme.“ Hinzu komme die Digitalisierung samt Künstlicher Intelligenz.

Für diese Herausforderungen brauche es „Rüstzeug“, das Studierende mit dem neuen Lehrplan in die Hand bekommen sollen. Karl: „Wissen

und Freude am Lernen vermitteln – damit ist es für Lehrkräfte längst nicht mehr getan.“

Mit Beginn des Semesters am 1. Oktober müssen Studierende einen Schwerpunkt wählen. Jede Hochschule kann solche definieren, vom Bund vorgegeben werden Deutsch als Zweitsprache, Inklusion,



„Wissen und Freude am Lernen vermitteln – damit ist es für Lehrkräfte längst nicht mehr getan.“

Beatrix Karl
(Vorsitz. RektorInnenkonf. ÖPH)

Medienpädagogik, Digitalisierung und Demokratiebildung sowie der Umgang mit herausfordernden Situationen. Praxiserfahrung an Schulen darf man bereits ab dem ersten Semester sammeln. (TT)

13-Jähriger drohte mit Amoklauf

Die Polizei will 11.000 Euro für den Einsatz in der NMS Reichenau in Rechnung stellen.

Von Rosa Karbon

Innsbruck – Kurzer Anruf, große Konsequenzen. Vor zwei Wochen, am Abend des 14. Mai, ging über Notruf bei der Landesleitzentrale der Landespolizeidirektion Tirol (LPD) eine anonyme Drohung gegen die Neue Mittelschule Reichenau (NMS) ein. Jetzt stellte sich heraus: Der Tatverdächtige ist ein 13-jähriger Schüler der NMS.

Der junge Österreicher zeigte sich zwar zur Tat geständig, wegen seines Alters ist er allerdings noch strafunmündig. „Motiv hatte er keines. Bei der Befragung gab er an, er könne sich das selbst nicht erklären“, erklärt Christoph Kirchmair, Leiter der Innsbrucker Kriminalpolizei.

Dass eine solche Drohung kein harmloser Streich ist, betont die Polizei immer wieder. Der 13-Jährige dürfte das nun zu spüren bekommen. Denn die Kosten für den zweitägigen Polizeieinsatz – mehr als 11.000 Euro – werden „von der Landespolizeidirektion, unabhängig von einer strafrechtlichen Verantwortlichkeit, eingefordert“, betont Kirchmair. Auf die Eltern dürften also hohe Kosten zukommen. Konkrete Konsequenzen will Kirchmair keine nennen. „Möglicherweise tritt die Jugendwohlfahrt an die Eltern des Buben heran.“ Es folge jedenfalls ein Bericht an die Staatsanwaltschaft



Die Polizei überwachte am Tag nach der anonymen Drohung die Schule. Jetzt fordert sie die Kosten für den Einsatz zurück.

Foto: Daniel Liebi

„Motiv hatte er keines. Bei der Befragung gab er an, er könne sich das selbst nicht erklären.“

Christoph Kirchmair
(Leiter Kripo Innsbruck)

„Noch ist nichts entschieden. Die Möglichkeiten gehen von einer Verwarnung bis zur Suspendierung.“

Bernhard Deflorian
(Tiroler Bildungsdirektion)

Innsbruck. Auch von Seiten der Bildungsdirektion sind noch keine weiteren Schritte geplant. „Die Möglichkeiten gehen von einer Verwarnung bis zur Suspendierung“, sagt

Bernhard Deflorian, Sprecher der Tiroler Bildungsdirektion. Bevor diese Entscheidung getroffen wird, brauche man allerdings die genauen Informationen der Polizei. Sobald diese vorliegen, werde mit der NMS Reichenau Rücksprache gehalten und zeitnah eine Entscheidung gefällt.

Nachdem am 14. Mai die Drohung eingegangen war, wurde umgehend ein Polizeieinsatz eingeleitet. „Die Schule wurde durchsucht und überwacht. Am folgenden Tag kümmerte sich die Polizei um Einlasskontrollen und stellte Einsatzkräfte bereit, die einen Tagesbetrieb schützen und im Notfall einschreiten hätten können“, erklärt Kirchmair.

Auch Befragungen wurden durchgeführt sowie eine spurenkundliche Untersuchung in der Telefonzelle in der Nähe der Schule, aus welcher der Anruf getätigt worden war.

Bei Befragungen wurde man auf drei Schüler aufmerksam, die sich zum Zeitpunkt des Anrufs in der Nähe der Telefonzelle aufgehalten hatten. Der Tatverdächtige zeigte sich geständig, die anderen beiden distanzieren sich. „Sie haben zwar davon gewusst, haben ihm das aber versucht auszureden.“